

Presseinformation

30.01.2025

Versorgungskonferenz Wiesbaden-Limburg

Gesundheitsministerin Diana Stolz: „Das erneut große Interesse zeigt, wie wichtig Information und Austausch vor Ort sind“

„Hessen ist beispielgebend“

Wiesbaden. Anlässlich der zweiten Versorgungskonferenz für das Gebiet Wiesbaden-Limburg betonte die Hessische Gesundheitsministerin Diana Stolz heute im Wiesbadener Gesundheitsministerium, dass die Gesundheitsversorgung der Zukunft nur „miteinander“ gelingen könne. Die Umsetzung der Krankenhausreform des Bundes in Hessen erfordere ein „Umdenken hin zu Kooperationen zwischen den Krankenhäusern“ und „kluge Lösungen“, an denen vor Ort gemeinsam gearbeitet werden müsse. „Mir ist es wichtig, dass es vor Ort läuft. Deswegen suche ich den Austausch in den Versorgungsregionen. Das erneut große Interesse zeigt, wie wichtig hier Information und Austausch sind. Nur gemeinsam - und das gilt auch für die Akteure untereinander und sektorenübergreifend - werden wir eine zuverlässige Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in Hessen im Krankheits- und Notfall weiterhin zuverlässig sicherstellen können. Das ist unsere Richtschnur. Wir haben über das weitere Verfahren zur Umsetzung der Krankenhausreform des Bundes hier in der Versorgungsregion und die Rahmenbedingungen aus der Bundesgesetzgebung informiert und ausgetauscht. Erneut wurde deutlich, dass der Bund noch nicht alles, was wir brauchen, geliefert hat. Unabhängig davon haben wir gemeinsam Chancen und Herausforderungen vor Ort identifiziert, und werden auf dieser Grundlage eine tragfähige Krankenhausplanung entwickeln.“

Die Teilnehmer der Versorgungskonferenzen sind unter anderen die Träger der Kliniken, die Hessische Krankenhausgesellschaft, die Kassenärztliche Vereinigung

Hessen, die Krankenkassen, die Landesärztekammer und die kommunale Seite, vertreten durch alle drei kommunalen Spitzenverbände.

Stolz betonte, dass Hessen sich „sehr frühzeitig“ auf die Krankenhausreform des Bundes vorbereitet habe. Sie betonte, dass man die Regionen nicht über einen Kamm scheren könne und es für eine solide Gesundheitsversorgung der Menschen entscheidend sei, auf die Situation vor Ort einzugehen. „Es wird so sein, dass jede Region andere Antworten braucht. Deswegen sind wir hier. In einer mehrere Bundesländer umfassenden Metropolregion mit den eng verwobenen Einzugsbereichen der Krankenhäuser, ist die Versorgungslage eine völlig andere als im ländlichen Raum. Deswegen sprechen wir mit den Menschen hier vor Ort, die ihre Versorgungslage kennen und die Veränderungen anstoßen und voranbringen müssen. Sie sind die Expertinnen und Experten des Versorgungsgebietes“, erläuterte die Hessische Gesundheitsministerin.

Mit Blick auf die Versorgungsregion konnte auf Basis der von der HessenAgentur erhobenen Datenlage festgestellt werden, dass es bspw. drei Krankenhäuser gibt, die die kardiologische Versorgung sicherstellen und Herzinfarkte behandeln. Das ist passgenau, weil so alle Herzinfarkte rechtzeitig und auf höchstem medizinischem Niveau in einem spezialisierten Krankenhaus versorgt werden können. Gleichzeitig sind diese Standorte mit dem nötigen Personal ausgestattet. Dieses Beispiel zeige, so der Vortrag der HessenAgentur bei der Veranstaltung, hervorragend den „dringend erforderlichen Abstimmungsbedarf“. Es macht nicht in jedem Fall Sinn, dass andere Krankenhäuser diese Leistungsgruppen ebenfalls beantragen. Die Region müsse als Ganzes gedacht werden und es müssen sowohl die angrenzende Versorgungsgebiete in Hessen als auch Rheinland-Pfalz mit bedacht werden.

Die Untersuchung der HessenAgentur zeigte unter anderem, welche Veränderungen sich aus dem demografischen Wandel ergeben und welche Auswirkungen das auf den Versorgungsbedarf hat. Mehr als 13.000 Fälle werden im Jahr 2035 ambulant erbracht werden, für die man heute noch ein Krankenhaus aufsucht. Allerdings werden weiterhin auch Krankenhäuser gebraucht, da aufgrund des demographischen Wandels mehr schwere Fälle erwartet werden. Eine Analyse im Detail zeigt, dass die Entwicklung in den einzelnen Leistungsgruppen sehr unterschiedlich verlaufen wird. Nicht alle Kliniken werden die vom Bund vorgegebenen Kriterien für bestimmte

Leistungsgruppen erfüllen können und sich verändern und ggf. Partner suchen müssen. Stolz fasste den Vortrag wie folgt zusammen: „Deshalb ist es unabdingbar, dass sich die Krankenhäuser spezialisieren und enger zusammenarbeiten und kooperieren.“

Hessen ist beispielgebend

Hessens Gesundheitsministerin betonte auf der Versorgungskonferenz in Wiesbaden die bundesweite Vorreiterrolle Hessens: „Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat uns in einer aktuellen Bestandsaufnahme für die Jahre 2019 bis 2021 bestätigt, dass Hessen bei der Investitionsförderung im Spitzenbereich liegt, bei der Krankenhausinvestitionsquote pro Fall auf Platz eins aller Länder. Dabei sind die massiv angestiegenen Investitionsfördermittel seit 2022 noch nicht berücksichtigt. In Hessen haben wir die Pauschalfördermittel seit 2016 um rund 170 Prozent auf mittlerweile 390 Millionen Euro gesteigert. Daneben haben wir ein mit 140 Millionen Euro dotiertes Landesdarlehensprogramm beschlossen. Wir werden außerdem mit insgesamt 80 Millionen Euro Investitionsmaßnahmen von Krankenhäusern in ländlichen Regionen oder in Ballungsgebieten, die einen Verbund bilden, unterstützen.“

Starke Stimme im Bund

Abschließend betonte die Ministerin zum weiteren Vorgehen: „Wir werden uns weiter für Veränderungen am Bundesgesetz einsetzen, weil es zu wenig die regionalen Besonderheiten und die finanzielle Lage der Krankenhäuser im Blick hat. Unabhängig von möglichen Änderungen am zeitlichen Verlauf der Krankenhausreform nach der Bundestagswahl werden wir jedoch in Hessen die notwendigen Schritte zu einer zukunftsfesten Krankenhauslandschaft im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gehen. Zahlreiche Einzelgespräche und harte Arbeit bis zur Beantragung und Bescheidung von Leistungsgruppen stehen uns nun allen gemeinsam bevor. Die Menschen in Hessen können jedoch sicher sein, dass wir alles Notwendige tun, damit sie im Krankheits- oder Notfall flächendeckend medizinisch gut versorgt werden. Wir werden die Interessen der hessischen Bürgerinnen und Bürger im Bund mit einer starken Stimme vertreten.“

Bildunterschrift:

„Gemeinsam die Bundeskrankenhausreform in Hessen umsetzen.“

v.l.n.r.:

Der geschäftsführende Direktor des Hessischen Städtetages, Dr. Jürgen Dieter, der Geschäftsführer des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Dr. David Rauber, Gesundheitsministerin Diana Stolz und der Präsident der Hessischen Krankenhausgesellschaft, Prof. Dr. Christian Höftberger.

Bildquelle: HMFG.

